

Panzerschiffbau oder Rücktritt Groeners.

Eine Denkschrift des Reichswehrministers. / Eindeutige Kundgebung des Reichspräsidenten. / Donnerstag Reichstagsdebatte über den sozialdemokratischen Antrag auf Einstellung des Schiffsbaues. / für 32 Millionen Mark Aufträge schon vergeben.

Kabinettsberatung über den Panzerkreuzer.

Die Rücktrittsdrohung des Reichswehrministers.

× Berlin, 13. November.

Das Reichstabinett hat heute nachmittag eine Sitzung abgehalten, um zu der Frage Stellung zu nehmen, ob der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbaues schon in dieser Woche unmittelbar nach der Austrage über den Eisenkonflikt im Reichstag beraten werden soll oder erst nach der Debatte über die Außenpolitik bezw. die Genfer Vereinbarung. Es ist bereits bekannt, daß Reichswehrminister Groener sich mit seiner ganzen Persönlichkeit für die Fortsetzung des begonnenen Panzerschiffbaues einsetzt. In den letzten Tagen hat er sich mit den Führern mehrerer Parteien des Reichstages in Verbindung gesetzt und ihnen erklärt, daß er nicht nur aus Gründen des Prelliges, sondern auch aus sachlichen Gründen unbedingt an dem Bau des Panzerkreuzers festhalte. Er würde, wenn der Reichstag den sozialdemokratischen Antrag annehmen und damit die Einstellung des Baues beschließen werde, daraus die Konsequenzen ziehen und sein Rücktrittsgesuch einreichen. Diese Demission würde keineswegs formaler Natur sein, sondern würde bedeuten, daß er auch eine Wiederernennung als Reichswehrminister ablehnen würde, wenn er nicht vorher die Garantie für die Durchführung des Baues des Panzerkreuzers haben würde.

Reichswehrminister Groener ist gestern in dieser Angelegenheit auch beim Reichspräsidenten gewesen und hat sowohl Hindenburg, wie auch den Mitgliedern des Kabinetts eine ausführliche Darstellung überreicht, in der die sachliche und militärische Notwendigkeit des Vorgehrens eingehend begründet ist. Zu dieser Denkschrift wird aber auch darauf hingewiesen, daß bereits für 32 Millionen Mark Bestellungen ausgegeben worden sind und sechs Millionen Mark an mehrere Firmen bereits gezahlt wurden. Bewilligt sind bisher 9,3 Millionen Mark als erste Rate. Nach der Haushaltsordnung glaubte sich das Reichswehrministerium berechtigt, über diese neun Millionen Mark hinaus Bestellungen auszugeben. Von einzelnen Parteien wird dieser Standpunkt hart angefochten. Dagegen wird von zuständiger Stelle folgendes gesagt: Die Genehmigung der ersten Rate legte der Marineleitung die Verpflichtung auf, über die Vergebung des Gesamtojects zu verhandeln und die größeren Teile zu vergeben, wozu sie nach § 24 der Reichshaushaltsordnung ermächtigt und aus wirtschaftlichen Gründen verpflichtet war. Die hieraus sich ergebenden Bindungen betrafen sich einschließlich der bereits verausgabten sechs Millionen auf 32,3 Millionen, die erst mit Bewilligung der einzelnen Jahresraten in den folgenden Haushaltsjahren fällig werden.

Die kritische politische Situation.

Von unserer Berliner Redaktion.

:: Berlin, 13. November (Drahtb.)

Das Hauptinteresse des heutigen Tages galt weniger den Beratungen im Plenum, als vielmehr der Erörterung der Fragen, die in den nächsten Tagen das Parlament in Anspruch nehmen sollen. Nach dem bisher vorgesehenen Arbeitsplan sollte bekanntlich am Donnerstag die Debatte über die außenpolitische Lage stattfinden und erst in der nächsten Woche die Entscheidung über den sozialdemokratischen Panzerkreuzerantrag gefällt werden. Im Zentrumskreis ist man, wie wir schon früher mitteilten, jedoch der Auffassung, daß die Panzerkreuzerangelegenheit zuerst geklärt werden muß, bevor die Aussprache über die Außenpolitik erfolgen kann. Die außenpolitische Debatte hält man zudem im Zentrum im gegenwärtigen Zeitpunkt auch aus anderen Gründen für wenig angebracht. Will Recht, weist man darauf hin, daß eben erst in Frankreich das Ministerium von Poincaré gestürzt und neu gebildet worden ist. Angesichts dieser Vorgänge und auch im Hinblick auf die eben erst erfolgte Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten vermag man im Zentrum nicht einzusehen, was in einer solchen Stunde eine außenpolitische Debatte im Reidstag überhaupt für einen Zweck haben soll. Ob diese Auffassung des Zentrums sich auch bei den übrigen Regierungsparteien durchsetzen wird, war heute zunächst noch zweifelhaft. Besonders schienen sich die Sozialdemokraten gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei dafür einzusetzen, daß die außenpolitische Debatte zuerst vom Stapel gehen sollte. Im Laufe des Abends aber, als bekannt

wurde, wie die Dinge um den Panzerschiffbau heute stehen, ergab sich eine Veränderung der Situation. Vom Reichsabschnitt aus, das seine Sitzung ohne Beschlußfassung auf Mittwoch vertagte, war dem Reichstag kein Wunsch zum Ausdruck gebracht worden. Aber die Sozialdemokraten ließen den Präsidenten Loebe wissen, daß sie gegen die vom Zentrum gewünschte Vorwegbehandlung der Panzerkreuzerangelegenheit nach den neuerlichen Veröffentlichungen über bereits erteilte Aufträge im Werte von vielen Millionen und über die Stellungnahme des Reichswehrministers Groener nichts mehr einzuwenden hätten. Da die Kommunisten die gleiche Erklärung abgegeben haben und die Deutschnationalen in ihr desinteressiert erklärt haben, so ist damit zu rechnen, daß der Reichsenrat morgen beschließt, am Donnerstag die Panzerkreuzerdebatte im Plenum des Reichstags stattfinden zu lassen. Die außenpolitische Debatte, die Dr. Stresemann wünscht, könnte dann erst in der nächsten Woche beginnen.

In den politischen Gesprächen des heutigen Tages ist allgemein der Eindruck befestigt worden, den wir schon wiederholt geäußert haben, daß die Panzerkreuzerangelegenheit den Schlüssel zur Gesamtlage überhaupt darstellt. Der Reichsmehrmeister hat den Führern der Parteien offen erklärt, daß er nicht nur aus Gründen des Prestiges, sondern aus sachlichen Gründen unbedingten an dem

Da das Panzerkreuzers festhalte und daß er, wenn der Reichstag den sozialdemokratischen Antrag annehmen würde, zurücktreten und auch eine Wiederernennung als Reichswehrminister ablehnen würde, wenn er nicht vorher eine Garantie für die Durchführung des Panzerkreuzerbaues haben werde. Es steht auch fest, daß der Reichspräsident die Haltung des Reichswehrministers rückhaltlos bekennt. Es heißt, daß die Denkschrift, die der Reichswehrminister dem Reichspräsidenten und den Mitgliedern der Reichsregierung überreicht hat, wie auch die Erklärung des Reichswehrministers, daß er im Falle der Annahme des sozialdemokratischen Antrages die Konsequenzen ziehen werde, auf die Parteien der Linken, insbesondere auf die Demokraten und Sozialdemokraten nicht ohne nachdrückliche Wirkung geblieben sind. In politischen Kreisen ist man heute abend hinsichtlich des Schicksals des sozialdemokratischen Antrages auf Grund der Vorgänge des heutigen Tages ziemlich allgemein der Auffassung, daß eine Mehrheit für die Annahme sich kaum noch finden wird. Man spricht indessen vielfach davon, daß die Deutschnationalen beabsichtigen, ihrerseits die ganze Verantwortung der Sozialdemokraten allein zuzuschreiben und zu diesem Zweck ganz oder teilweise Stimmenthaltung zu üben. Ob die Deutschnationalen tatsächlich diesen Weg beschreiten werden, muß allerdings einwetlen noch bewiesen werden, umsoher.

als wir Grund haben, anzunehmen, daß den Deutschnationalen von maßgebender Seite bedeutet worden ist, daß eine derartige Haltung der deutschnationalen Fraktion bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag zu einer Reichspräsidentenkrise führen müßte, für die dann die Deutschnationalen die alleinige Verantwortung zu tragen hätten.

Wie verlautet, wird Reichskanzler Müller bei Beginn der Banzerfreudebade eine Erklärung abgeben, in der darauf hingewiesen wird, daß die Mitglieder der Reichsregierung bei ihrer Entscheidung am 10. August sich lediglich von budgettischen Gesichtspunkten haben leiten lassen müssen, und daß sie im Hinblick auf den sozialdemokratischen Antrag sich auf Grund jener Entscheidung nicht gebunden fühlen.

Fortsetzung der Aussperungs- debatte im Reichstag.

Allgemeine Hoffnung auf Bergemanns Vermittlung.

● Berlin. 13. November.

Der Reichstag setzte heute die gestern begonnene
Beratung der Anträge und Interpellationen zur nord-

Abg. Brandes (Soz.)

wies zunächst Angriffe zurück, die gestern der kommunistische Abgeordnete Horion gegen die freien Gewerkschaften gerichtet hat. Die Ausgesperrten würden selbst entscheiden, ob es zu verantworten sei, wenn in dem schweren Kampf der Gewerkschaften gegen die Unternehmer die Kommunisten sich gegen die Gewerkschaften stellen. Die Kommunisten seien nur noch die Partei der Indifferenten und Verzögerten; sie würden auch diesen Rest von Anhängern noch verlieren. Die Aussperrung sei der brutale Gewaltakt einer handvoll Kapitalisten. Bei dieser Entwürdigung des Wirtschaftslebens gehe es gegen die Staatsautorität.

Der Schiedsspruch habe bei weitem nicht die berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllt. Die Arbeiter hätten ihn nur angenommen, um die unheilvollen Wirkungen eines schweren Lohnkampfes auf das Wirtschaftsleben zu vermeiden. Die Arbeitgeber hätten diese Rücksicht nicht angenommen; sie hätten mit ihrer Aussperrung tatsächlich den

Generalangriff gegen das staatliche Erziehungswesen

unternommen. Damit hätten die Unternehmer einer schweren Rechtsbruch begangen. In vielen hundert Fällen seien Schiedssprüche nur mit der Zustimmung des Schlichters gefällt worden, ohne daß die Unternehmer gegen die Rechtsverbindlichkeit Einspruch erhoben hätten. Die Unternehmer hätten über die ausgeperrten Arbeiter die Einstellungsperre für ganz Deutschland verhängt, jedoch die Unternehmer Arbeitslöcher hätten können. Die Arbeiter hätten nicht an das Disziplinarbrot, sondern an das Duisburger Arbeitsgericht gewandt hätten, so läge das nur daran, daß die gewerkschaftsfeindliche Haltung des Duisburger Arbeitsgerichts den allgemeinen bekannt sei. 50 Prozent von diesem Vorstehenden gefällten Schiedssprüche hätten nicht für verbindlich erklärt werden können, weil die Formfehler enthielten. (Sört, hört!) Der Vorsitzende habe selbst seine Entscheidung nicht begründet, habe aber kurz darauf der Presse eine Begründung mitgeteilt, die fast wörtlich die falschen Angaben des Arbeitgeberverbandes wiederholte. (Sört, hört!) Dadurch vergrößerte sich die Fälschung der Realität. Die Arbeiter hätten glaubhaft machen, daß diese Unternehmer nicht in der Lage wären, die Bedingungen des Schiedsspruchs zu erfüllen. Der Kampf werde geführt von einer Unternehmergruppe, die vom Staat in unerhörter Weise bevorzugt wurde. Die sozialdemokratische Fraktion beantrage, die notwendigerweise

den Aussperrten zu gewährende Unterstützung von den aussperrenden Unternehmern wieder einzuziehen. Aus Anlaß des von den Unternehmern heraufbeschworenen Kampfes eine Verringerung des Schlichtungswesens im Sinne der Zentrumsanträge vorzunehmen, würde bedeuten, den Plan der Unternehmung zu fördern. Die Sozialdemokratie werde deshalb

in diesem Augenblick die Zentrumsanträge ablehnen und erst in ruhigeren Zeiten darüber mit sich reden

Wir behalten uns vor, sagte der Redner weiter, bei Etat des Reichswirtschaftsministeriums die Einrichtung eines Selbstverwaltungskörpers zu beantragen. Sollte die Ausperrung fortgesetzt werden, so muß die Regierung im Interesse der verarbeitenden Industrie unverzüglich die Eigendörs suspendieren. Hier würde auch die Befassung bestimmter Plaz greifen, das solche Unternehmungen bei Mißbrauch enteignet werden sollen. Wir verlangen die Übergabmachung des Besitzes der Unternehmungen an das Reichswirtschaftsministerium, gewerkschaftlichen Forderungen Gehalt, bei der Sozialversicherung.

Fhg. von Lindeiner-Wildau (Dn.)

Die Sozialdemokratie

Es geht
Große

Die politische Lage
ges zunächst eine Ent-
den Beschluß des
außenpolitischen
tuge Erledigung
durchzuführen. Zu dieser
a beigetragen eine B
Tages zwischen dem
demokratie stattge-
trum die Abgeordneten
Perlitius, für die
Hittman und He-
hatte den Zweck, ein
klären. Das Zentrum
es unmöglich sei, d
Panzertreuzer zu
dere Auffassung
minister. Auch dürft
Abstimmung über de
andere Haltung einne
gangen. Ueber diese be
gung mit der Sozialist
liegen die sozialdemo
daß die sozialdemokr
nis auf jenen wertvo
verantwortlicher. Betre
offenen Widerwille
ligen Ressorts
Kabinetts im ga
übrigen sozialist
des Reichskabinetts sei
tion die gleiche
würden, war von vorn

Nach dem Ergebnis
Zentrum und der Sozial-
gemein eine Verzicht-
nahme die Panzer-
abrollen würde. Da das
Zentrum gerade in die-
se Lage erörtere, ein
nung: Der Beschluß
Reichstagsfraktion
mäßig kurzer Fraktion
Beschluß sollen an-
tion einschließlich der
Antrag auf Ein-
zuzustimmen.
eines weiteres liegt, in
reithwilligkeit, die die
in der Besprechung
hatten erkennen lassen
zum auch sofort nach-
tischen Beschluß nach
Fraktionsvorsitz die
Besanftigung hatte aus-
dingung für sein we-
macht, daß der Reichs-
dem sozialdemokratischen
stellen würde. Man
Reichswehrminister
zu der durch den so-
zialen Lage stellen wer-
dinge erklärt, daß Groß-
kanzler ausgewählt ha-
bein der heutigen A-
Reichsinnung darau-
Reichsinnung des
zeln Minister Bes-
mehr jedem ein
Reichsinnung frei

Was die Haltung
sie in der Regierung
nichts fest. Weder die
die Demokraten
schluß gefaßt. Die De-
Donnerstag ihre Ent-
gleichen Tages
Zentrum besteht ein-
aus durch einen vorze-
ten die Verantwort-
lage abzunehmen.
Ruhe abwarten. Wen-
fraktion des Reichst-
ben wird, als treib-
Krise hin, so gibt
solchen Verhängnis.
Das Zentrum wi-
auch nicht die Auf-
immer die Kasi-
holen.

Wenn gleich die po-
Sozialdemokraten als

Stellen werden mit
sowie geräumigen
einzeln Schneidemühl
für Katholiken
Bitar Polzin in
Siedlung ist folgen.
Siedler anzuhören.
3-4% 3. B. Ein
Gebäude und mit
muh der Siedler
Das übrige nimmt
Gebogen und aus-
Aktionen Burlo
auf.

hunde der Kruppel-
der Kruppel-
mit am morgigen
im Krankenhaus

erordneten-Sitzung.
6 Uhr findet eine
zur Beratung
an den Magistrats
Marbacher-Chauffee
strasse betr. unent-
geltlichen an der
den an den Kreis,
Umwandlung der
4. Schreien des
an der Kaitstraße.
a) des Gaswerks,
swecks, 8. Antrag
dieses Wohnhauses.

z. In der Nacht
die Bewohner
habe. Auf dem
hellen Flammen,
das Feuer zum
leichtbrennbaren
Verfahrgeworden
verlorn worden. Da
zu 10 Personen. Als
werden konnte,
sehe war in fūrge-
der Brandstätte,
genommen, so daß
war, die mit
Lebensgefahr vor
sich zu recht die
Ihr und der
zu verstanden, daß
Feuer zum Opfer
sein. Ein
der Erbschaften
erklitten haben,
r Schaden durch
n Teil der Wert-
beisitzes sein. Das
er die Ursache des
ist, vermutlich ist

erordneten Fall. Am
der B. von hier
rau N., die eine
Anspruch war so
Regelmann zu
Seite geschickt
der hingenommene
hiesige Kranken-
beschäftigt.
hiesiges Verkehrs-
le ein aus der
sicher einen in
er überleben.
Bahnhofstraße, wo
einem Motorrad-
ausweichen konnte.
gelang es recht-
anherin hart an
stader kam schwer
durch das Umstür-
in die Verletzung,
in die Wohnung
Gehirnerschütter-
sich noch zu Fuß
dann zusammen.
am Unterleib
Nachdem erste
stehte dem ergr.

Spiele.
nd-Abteilung.
Augenmannschaft
mit 1000 Toren
und ganz dem
Augenmannschaft
dieser Mannschaft
keinen 1900 er
erster Jahre dem
Die Schlichter-
Schlichtermannschaft
W.

theide.
geben die gleiche
ausgetragen, da
mit den Rhyden
erste Jugend keine
benfalls noch un-
Weset auf dem
schlagen.

n Sonntag.
nenden Sonntag
werden. Die Ehe
berich in Duis-
R. „Eintracht“
hat am Sonntag
Serie. Die Duis-
dige Mannschaft
großen Eifer
gleich spielen zu
bringen. Aller-
teil des eigenen
wieg. Falls sich
wird die Fahrt
an dieser Stelle
findet um 3 Uhr
dustrifstraße statt.
Wappen auf
Freitagabend im
Sprecher in Empfang
nehmen unbedingt
der Fahrt nach
in Gefährdung
seil!

Ein scharfer Vorstoß Lloyd Georges.

Was ist aus Locarno geworden?

London, 13. Nov. Im Unterhaus brachte heute Lloyd George den Antrag der liberalen Partei gegen die Regierung wegen des englisch-französischen Kompromisses ein und führte u. a. aus: Wenn irgend jemand glaubt, daß das durch das Kompromiß verursachte Mißtrauen beseitigt ist, braucht er nur Coilliges Rede zu lesen. Die französische Meinung glaubt offenbar, daß wir noch immer durch die Grundzüge des Kompromisses gebunden sind. In der U-Boot-Frage und in der Frage der kleineren Kriegsschiffe sind wir vergeblich von den Grundzügen der Washingtoner Konferenz abgewichen. Was die Landstreitkräfte betrifft, so vertrat England früher den Standpunkt, daß eine Rüstungsbeschränkung sich auch auf die ausgebildeten Reserven beziehen muß. Ist dieser Standpunkt endgültig aufgegeben worden? Der Premierminister hat neulich erklärt, er stehe zu Locarno. Durch das Kompromiß wird Locarno vollkommen umgehoben. Lloyd George verwies auf Clemenceaus Brief an die deutschen Delegierten in Versailles, in dem er die Rüstungen der Alliierten zur Verminderung ihrer Rüstungen und sagte: Während Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe, hätten die Alliierten die Ihren nicht erfüllt. Die Franzosen müßten sich gegen den Gedanken eines kleinen Kernschiffes, Großbritanniens und alle anderen Mächte ihre Rüstungen auf den Stand Deutschlands anpassen. Würden die Garantiemächte von Locarno immer noch ein Uebergewicht von 5:1 haben. Lloyd George fuhr mit erhabener Stimme fort: Was ist aus Locarno geworden? Eine Weigerung, das Rheinland zu räumen, obwohl wir vertragsgemäß dazu verpflichtet waren. Was dann? Eine Steigerung der Rüstungen der Signatarmächte. Die Rüstungen Frankreichs und Italiens sind seit Locarno verstärkt worden. Sie kann beweisen, daß unsere eigenen Rüstungen sich auch vermehrt haben und zu denen zur Zeit von Locarno sich verhalten wie 104:100. Die dritte Antwort auf Locarno war der Abschluß des englisch-französischen Kompromisses. Dem Kompromiß zufolge sollten die ungetrübten Militärreformen Europas, die mehr als drei Viertel der europäischen Armeen ausmachen, aus der Genfer Abrüstungsdebatte ausgeschlossen werden. Dieses geschah, ohne daß wir Deutschland veränderten. Deutschland gehört zu den Unterzeichnern von Locarno. Der Premierminister hat kürzlich behauptet, er behandle Deutschland mit der gleichen Unparteilichkeit wie Frankreich. Hier lag ein Abkommen vor, das Deutschland betrafte, weil es drei Viertel der Armeen seiner Nachbarn der Erörterung in der Abrüstungskommission entzog. Und wir haben zwar Noten an Tokio, Rom und Washington, aber nicht an Berlin geschickt. Berlin mußte erst Erklärungen einbringen und als es dies tat, wurde ihm seine Unfähigkeit als Vates zugesandt. Hierauf verbreitete sich Lloyd George über die unheilvolle Wirkung des Marinekompromisses auf die Vereinigten Staaten und verlangte, daß Großbritannien wieder zu der von Lord Balfour begonnenen Washingtoner Politik zurückkehre.

Lloyd George wies weiterhin noch im Zusammenhang mit der Frage der Militärreformen auf das ungetrübte Uebergewicht der französischen Armee gegenüber der deutschen hin. Er widerlegte in eindringlicher Weise die französische Behauptung, daß Deutschland als großes Industrie- und Handelsland im Kriegsfall das nötige Material herzustellen könne. Er sagte: Am ersten Januar 1915 — nach vier Kriegsmontaten — verfügten wir erst über 8 neuverfertigte schwere Geschütze, am 1. November 1918 — nach Mobilisierung der ganzen englischen Industrie — nur über 200.

Bevor eine einzige Kannte in Deutschland hergestellt werden kann, würde die große französische Armee Berlin und das deutsche Industriezentrum besetzt haben.

Dies ist die Lage, nachdem wir versprochen haben, unsere Rüstungen auf das niedrigste Maß herabzusetzen, das mit unserer Sicherheit verträglich ist. Was für ein Schwindel! Jedes Jahr, nachdem wir dieses feierliche Versprechen gegeben haben, haben wir Frankreich zugesagt, daß es ein riesiges Heer nicht zu vermindern braucht, daß sogar sieben Viertel dieses Heeres in der Abrüstungskommission gar nicht erörtert werden werden soll. Lloyd George verwies weiter auf die anscheinend unbeachtete Erklärung Mussolinis, daß die italienische Regierung jeglicher Einschränkung ihrer Rüstungen zustimmen werde, jedoch, daß keine andere europäische Macht stärkere Rüstungen habe und drückte sein Bedauern darüber aus, daß die Sowjetsover-

schäge zur Abrüstung nur wie ein schlechter Witz behandelt worden seien.

So ist es in Europa eine vorherrschende Militärmacht gegeben hat, hat sie ihre Ueberlegenheit zuletzt immer zum Unheil für ihren Nachbarn gebraucht.

Abrüstung ist die einzige Garantie der Sicherheit.

Premierminister Baldwin ergriff das Wort zu einer Entgegnung, in der er u. a. ausführte: Das englisch-französische Kompromiß war — ich gebrauche absichtlich die Vergangenheitsform — nichts weiter als ein vollkommen offener und ehrlicher Versuch, über den toten Punkt hinweg zu kommen, der die ganze Sache der Abrüstung gefährdete. Baldwin ging dann mit großer Ausführlichkeit auf die Frage der Armeeerhöhen ein und sagte: Wir hatten gewünscht, die Länder mit einer allgemeinen Dienstpflicht zu unserem Standpunkt zu befähigen. Es sind keine Anzeichen dafür vorhanden, daß uns dies gelingen wird. Wir können keinen Zwang ausüben, wir können es nur durch Ueberredung versuchen. Frankreich betrachtet die allgemeine Dienstpflicht als wesentlichen Teil der Demokratie. Sie ist in der Zeit der Revolution entstanden, das „Volk in Waffen“ wurde von dem großen sozialen Führer in Frankreich, Jaures befürwortet. Frankreich wehrt sich gegen den Gedanken eines kleinen Kernschiffes. Nicht nur im Hinblick auf auswärtige Feinde, sondern auch aus Beforgnis vor einem Staatsstreik. Mit diesen Darlegungen habe ich versucht, den französischen Standpunkt in dieser Frage wiederzugeben. Baldwin fuhrte u. a. noch aus, er bestreite, daß die englisch-französischen Bestimmungen über das Flottenkompromiß sich gegen irgend ein anderes Land gerichtet hätten. Er erklärte: Wir schämen uns unserer Bemühungen nicht im mindesten, aber wir erkennen mit tiefem Bedauern an, daß wir keinen Erfolg gehabt haben. In der Rheinlandfrage ist die britische Haltung immer die gleiche gewesen, und wir wünschen, daß das Rheinland geräumt werde, aber wir können die Räumung nicht erzwingen.

Eine Zurückziehung der britischen Truppen allein würde die Schwierigkeiten vielleicht noch vermehren. Aber ich glaube, es besteht eine wirkliche Hoffnung darauf, daß diese Frage in nicht allzu langer Zeit geregelt wird. Die Räumung ist nach Ansicht gewisser Signatarmächte enger verbunden mit der Reparationsregelung. In dieser Hinsicht und mit dem Wunsch nach einer solchen Regelung sind Bemühungen eröffnet worden, und ich hoffe, daß sie zu einer Regelung führen werden, wie die letzten führenden Ueberlebenden der Kriegszeit, die Räumung des Rheinlandes liquidieren.

Zum Schluß seiner Ausführungen beschloß sich Baldwin noch eingehend mit der Feststellung Lloyd Georges, daß das englisch-französische Kompromiß in Amerika Mißtrauen hervorgerufen habe. Baldwin erklärte, es bestreite auch nach seiner Ansicht ein Mangel an gegenseitigem Vertrauen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Es sei schwer, die Ursachen davon festzustellen. Seiner Ansicht nach fehle es an Gelegenheit zu eingehender Aussprache zwischen amerikanischen und europäischen Staatsmännern. Während die europäischen Staatsmänner in Genf Gelegenheit hätten, miteinander in enge persönliche Fühlung zu treten, verkehrte man mit Amerika auf telegraphischem Wege, was immer viel schwerer gestalte, zu einer Verständigung zu kommen.

Deutsche Nationalhymne und Eifelmanöver.

O London, 13. Nov. In Erinnerung einer Anfrage erklärte in der heutigen Unterhausdebatte der Kriegsminister Worthington Evans über das Spielen der deutschen Nationalhymne im besetzten Gebiet. Nach den gegenwärtigen Bestimmungen der internationalen Rheinlandkommission ist das Spielen der deutschen Nationalhymne nur unter Umständen verboten, die die Gefahr einer Störung der öffentlichen Ordnung mit sich bringen. (Das tut sie bekanntlich immer.) Ein liberales Parlamentsmitglied fragte weiter, ob Worthington Evans der Meinung sei, daß der militärische Vorteil kombinierter englisch-französischer Manöver im Rheinland dem dadurch angerichteten diplomatischen Schaden vergleichbar sei. Der Kriegsminister antwortete: „Solange wir dort eine Armee haben, ist es ungleichwertig, daß sie Übungen veranstaltet.“

Wir richten an beide Parteien die Mahnung.

diese Gelegenheit zur Einigung zu benutzen. Wir bedauern nur, daß die Reichsregierung nicht selbst solche Vermittlungsschritte unternommen hat. Es wäre besser, wenn die letzte Entscheidung in solchen Fragen nicht bei einem Minister, sondern beim ganzen Kabinett liegen würde.

Dem Antrag, die Unterstellung der Ausgesperrten auf die Arbeitslosenversicherung zu übernehmen, können wir nicht zustimmen.

Dringend müssen wir um Zurückziehung des Antrags ersuchen, der auf die Arbeitsgeber zurückzuführen will. Solche Anträge würden das Zusammenarbeiten der Parteien gerade in dem Augenblick vollständig unmöglich machen, wo es wegen des Reparationsproblems besonders notwendig wäre. Die Anträge auf Änderung des Schlichtungswesens werden wir im Ausschuß beraten. Eine Reform des Schlichtungswesens halten auch wir für unbedingt erforderlich. (Beifälliger Beifall bei der deutschen Volkspartei.)

Abg. Colosser (W. P.)

äußerte den dringenden Wunsch seiner Freunde, daß der gefährliche Wirtschaftskampf bald ein Ende nehme und meinte, daß zuletzt der gewerbliche Mittelstand die Kosten des Kampfes werde bezahlen müssen, einmal wegen des Rückganges seiner Absatzmöglichkeiten und dann auch, weil die Kommunen nun vermehrt höhere Steuern erheben müßten. Die Wirtschaftspartei lehnte die Rede mit Herz und Verstand auf beiden Seiten der Arbeiter und der Großindustrie ab. Die Arbeiterpartei lehnte die schematische Erhöhung des Nominallohnes ab. Die Wirtschaftspartei lehnte die Erhöhung der Löhne ab, weil sie nicht in ein schwaches Verlangen eingreifen wollte, die vorliegenden Anträge abzulehnen.

Abg. Schneider, Berlin (Dent.)

gab zu, daß die Arbeitsbedingungen der Eisenindustrie durch Kriegsfolgen erheblich verschlechtert wurden, aber daß er nicht die Lohnhöhe verantwortlich zu machen, sondern neben der Inflations die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre, die der Industrie die Produktionsbedingungen und den breiten Masse die Lebenshaltung verschlechtert habe. Eine gründliche Abkehr von dieser Wirtschaftspolitik sei notwendig. In jedem Falle war aber die Ausperrung ein schwerer Fehler, sowohl nach der sozialen, wie nach der grundsätzlichen Seite hin. Das staatliche Schlichtungswesen hat gerade bei dem vorliegenden Konflikt seine Nützlichkeit und soziale Wirkung voll erprobt. Ohne dieses Schlichtungs-

system hätte ein so umfangreicher Kampf wohl kaum sich in so friedlichen Formen abgespielt. Wir halten auch unfererseits eine Reform des Schlichtungswesens für notwendig. Wir wünschen aber die Beibehaltung der Verbindlichkeitsverpflichtung. Es darf nicht wieder vorkommen, daß die Verbindlichkeitsverpflichtung eines Schlichtungsspruches mit einer Aussperrung beantwortet wird. Die ausgesperrten Belegschaften haben sich bereit erklärt, die Rotkundsarbeiten weiter zu verrichten. Die Unternehmer haben dieses Angebot abgelehnt, aber sie haben ihre kaufmännischen Angelegenheiten zu den Rotkundsarbeiten herangezogen mit dem Erfolg, daß schon verschiedene Angestellte verunglückt sind (Hört! Hört!) Wer entschuldig die Angestellten, die nicht in der Unfallversicherung sind? Wenn man nach den Klagen über die furchtbare Konjunktur durch die Aussperrung dieser Konjunktur noch einen gewaltigen Sturz zum weiteren Sinken verfeht, so weiß das auf einen

wirtschaftlichen Denkschießer

hin. Wir unterstützen den Antrag auf Gewährung der Arbeitslosenunterstützung an die Aussperrten, aber wollen zu diesem Zweck nicht jetzt das Geld abbern. Es müssen auch die mittelbar durch die Aussperrung gefährdeten Angestellten unterstützt werden. Das Gebot der Stunde ist die schnelle Wiederherstellung des Arbeitsfriedens. Wir richten an die Reichsregierung die Forderung, in dieser Richtung alles zu tun, was möglich ist.

Abg. Schwarzer (Sag. Dp.)

führt u. a. aus: Die vorliegenden Anträge könnten eine brauchbare Grundlage für die künftige Reform bilden. Sie sollten den zuständigen Ausschüssen überwiegen werden.

Um 6.15 Uhr wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 3 Uhr verlegt. Auf der Tagesordnung stehen außerdem kleine Vorträge.

Der Aeltestenrat des Reichstages.

Berlin, 13. Nov. Der Aeltestenrat des Reichstages ist für Mittwoch vormittag 11 Uhr einberufen worden, um endgültig darüber Beschluß zu fassen, wann die große politische Aussprache beginnen soll.

Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums.

Stärkere Verarbeitung von inländischem Brotgetreide gefordert. — Neuwahl des Fraktionsvorstandes nach dem Parteitag.

Berlin, 13. Nov. Die Reichstagsfraktion des Zentrums trat nach der Plenarsitzung zusammen. Der Vorsitzende Stegerwald nahm dabei Gelegenheit, dem Reichstagsabgeordneten 300, der heute seinen 50. Geburtstag feiert, die Glückwünsche der Fraktion auszusprechen. Dann trat die Fraktion in die Erörterung der politischen Lage ein. Die Aussprache wird am Mittwoch fortgesetzt werden. Die Zentrumsfraktion hat nachfolgenden Antrag im Reichstag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag sobald als möglich den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, der eine stärkere Verarbeitung von inländischem Brotgetreide je nach dem Ausfall der inländischen Ernte durch die Mühlenbetriebe sicherstellt.“

Außerdem beschloß die Fraktion die Neuwahl des Fraktionsvorstandes bis nach dem Parteitag, der am 8. und 9. Dezember in Köln stattfinden wird, zurückzustellen. Sie soll aber jedenfalls noch vor Weihnachten stattfinden.

Ein Attentatsversuch auf den lettischen Staatspräsidenten.

Riga, 13. Nov. Am Montag ist, wie erst jetzt bekannt wird, auf den Zug, mit dem der lettische Staatspräsident Semgal zusammen mit dem Vorsitzenden des Parlaments, Dr. Kalinin, und mehreren Generalen aus Libau von einem Militärordensfest heimkehrte, ein Attentat verübt worden. In der Nähe der Station Mitau war in verbrecherischer Absicht eine Bombe verlegt worden, um den Zug zur Entgleisung zu bringen. Kurz vor dem Eintreffen des Zuges konnte ein Polizeibeamter das geplante Attentat aufdecken. Er fand in der Weiche eine Art eingeklemmt. Durch Signale wurde der Zug des Staatspräsidenten zum Halten gebracht. Im Zusammenhang mit dem Attentatsversuch sind mehrere linksradikalen Kreisen angehörende Personen verhaftet worden. Es ist jedoch bisher noch nicht gelungen, die Täter einwandfrei festzustellen.

Letzte Meldungen.

Raubüberfall auf einen Postbeamten.

Gelsenkirchen-Buer, 13. Nov. Dienstag abend wurde ein Postbeamter, der im Begriff war, mit der Straßenbahn die Post vom Bahnhof Buer-Kesse nach dem Bahnhof Buer zu bringen, von zwei maskierten Männern überfallen. Ein Räuber bedrohte ihn mit der Pistole, der andere entließ ihm den Postkoffer. Die sofort alarmierte Polizei konnte die Täter nicht mehr fassen. In dem Postkoffer befand sich, wie mitgeteilt wird, sehr wertvolle Post, da in Kesse heute Sonntag war und im Postamt viele und ziemlich hohe Beträge eingekassiert worden sind.

Ein Auto 30 Meter tief abgestürzt.

Mailand, 13. Nov. Im Nemetetal stürzte ein Lastauto infolge eines Defektes der Bremse 30 Meter tief in einen Abgrund. Das Auto wurde vollständig zertrümmert. Zwei der Insassen waren auf der Stelle tot; die drei übrigen wurden schwer verletzt in das Krankenhaus nach Trient gebracht, wo ihr Verleben stündlich zu erwarten ist.

22 Gerettete an Bord des Dampfers „Berlin“.

Newport, 13. Nov. Wie der Dampfer „Berlin“ funktentelegraphisch mitteilt, ist es ihm gelungen, nachdem er bereits 22 Ueberlebende des Schiffbruchs der „Westris“ gerettet hatte, noch in letzter Stunde einen Geiseln Karl Schmidt aus Chicago an Bord zu nehmen, der 22 Stunden im Wasser umhergetrieben war. Nach Mitteilung der Schiffsführung befinden sich alle Geretteten verhältnismäßig wohl, es ist niemand verletzt. Das Meer in der Nähe der Unglücksstelle ist noch immer mit Wrackstücken besetzt. Es herrscht starker Nordwind mit Regen.

Weitere Opfer des Sturmwetters an der amerikanischen Küste.

Newport, 13. Nov. Dem Sturmwetter, das den Untergang des Dampfers „Westris“ verursachte, sind noch zwei weitere Fahrzeuge zum Opfer gefallen. Der Cap Virginia lief an Motorfährtboot. Die Besatzung von 8 Mann ist ertrunken. Bei Virginia-Beach ist ein Fischerboot gekentert. Die Mannschaft konnte von der Küstenwache gerettet werden.